

Antrag

der Abgeordneten Matthias Weisheit, Annette Faße, Iris Follak, Reinhold Hemker, Gustav Herzog, Marianne Klappert, Horst Kubatschka, Werner Labsch, Holger Ortel, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Karsten Schönfeld, Reinhard Schultz, Dr. Werner R. Schuster, Wieland Sorge, Joachim Tappe, Jella Teuchner, Lydia Westrich, Heino Wiese (Hannover), Waltraud Wolff (Zielitz), Heidemarie Wright, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Ulrike Höfken, Steffi Lemke, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wettbewerbsposition für die deutsche Landwirtschaft verbessern und nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume sichern

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die unter deutscher Präsidentschaft verabschiedete Agenda 2000 hat für den Agrarbereich den Finanz- und Handlungsrahmen bis 2006 festgelegt. Daraus ergibt sich:
 - eine stärkere Markt- und Wettbewerbsorientierung der EU-Agrarpolitik und
 - neue Schwerpunktsetzungen in den Bereichen ländliche Entwicklung und Umwelt.
2. Die nationale Agrarpolitik muss den notwendigen Anpassungsprozess unterstützen. Dazu sind in der Agrar-, Struktur- und Umweltpolitik die notwendigen Voraussetzungen in der Europäischen Union zu schaffen.
3. Aus unterschiedlichen Gründen – andere Betriebsstrukturen, Unternehmensformen, hoher Anteil von Familienarbeitskräften, starke regionale Unterschiede im Bereich der Sozialversicherung – haben die von der Bundesregierung eingeleiteten Entlastungsmaßnahmen in der Landwirtschaft nicht die gleichen positiven Wirkungen wie in anderen Wirtschaftszweigen.

Deshalb muss die Wettbewerbsposition der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland im Vergleich zu den Mitbewerbern in den anderen Mitgliedstaaten der EU weiter gestärkt und die nachhaltige Entwicklung in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum gesichert werden.

4. Vor allem im Energiebereich bestehen zwischen den EU-Mitgliedsländern durch sehr unterschiedliche Steuersätze für Gasöl erhebliche Wettbewerbsverzerrungen. Die Bemühungen der Europäischen Union zur Vereinheit-

lichung der Energiebesteuerung sind bisher erfolglos geblieben. Ein Entwurf einer Restruktierungsrichtlinie liegt vor.

5. Die Landwirtschaft trägt bereits jetzt zum Schutz von Natur und Landschaft bei. Die Anforderungen der Gesellschaft an die Landwirtschaft bei der Bewirtschaftung Naturschutzbelange zu berücksichtigen, werden jedoch steigen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, in anderen Bereichen Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsposition der Landwirtschaft zu ergreifen.
6. Durch die Förderung der energetischen Nutzung von Biomasse im Rahmen des Markteinführungsprogramms für erneuerbare Energien, durch das Markteinführungsprogramm für biogene Treib- und Schmierstoffe sowie mit der Novellierung des Stromeinspeisungsgesetzes werden der Land- und Forstwirtschaft einkommenswirksame Perspektiven eröffnet. Der Einsatz von alternativen Kraft- und Schmierstoffen wird auch in der Landwirtschaft deutlich zunehmen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. sich auf europäischer Ebene für eine Harmonisierung der Besteuerung von Dieselkraftstoff für Arbeiten in der Landwirtschaft und im Gartenbau, in der Fischzucht und in der Forstwirtschaft einzusetzen,
2. bis zur Verabschiedung einer entsprechenden europäischen Regelung die Einführung eines Steuersatzes von 57 Pf für in der Land- und Forstwirtschaft verwendeten Agrardiesel zum 1. Januar 2001 einzuleiten,
3. die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Mittel für die Gasölverbilligung in Höhe von 375 Mio. DM zum 1. Januar 2002 für die agrarsoziale Sicherung im Rahmen der Reform des Agrarsozialsystems und die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes einzusetzen, um Maßnahmen im Bereich Umwelt- und Naturschutz auszubauen,
4. die Förderung und Markteinführung von biogenen Treib- und Schmierstoffen in umweltsensiblen Bereichen auf der Grundlage der geplanten Mittel von 20 Mio. DM zu verstetigen und weiter auszubauen,
5. einen Bericht über die Auswirkungen der Neugestaltung der Gasölbesteuerung für die Landwirtschaft im Hinblick auf die Anteile der einzelnen Energieträger am Gesamtverbrauch vorzulegen und ggf. Vorschläge für eine weitere Ausweitung des Anteils biogener Treibstoffe zu machen,
6. die haushaltmäßige Umsetzung der Vorschläge im Rahmen der Aufstellung des Regierungsentwurfs für den Bundeshaushalt 2001 bei Einhaltung der mittelfristigen Finanzplanung im Gesamthaushalt vorzunehmen.

Berlin, den 22. Februar 2000

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion